

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 307 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Hans Rudolf Gysin
Nationalrat, Direktor
Wirtschaftskammer
Baselland

Letzte Gelegenheit

Haben Sie Ihre Wahlunterlagen für die kantonalen Wahlen vom 27. März schon durchgesehen und vorsortiert? Haben Sie gar schon Ihre Wahl getroffen und Ihre Wahlzettel bereits eingeschickt? Wenn nicht, ist es jetzt höchste Zeit, dass Sie die restlichen sieben Tage nutzen, um noch Ihre Wahl zu treffen.

Dabei empfehle ich Ihnen, für die Wahl der Baselbieter Regierung die bisherigen Exekutiv-Mitglieder zu bestätigen. Sie haben in den vergangenen vier Jahren insgesamt eine gute Arbeit geleistet und sich dabei vor allem auch für unsere KMU-Wirtschaft als berechenbares und zuverlässiges Regierungsteam profiliert. Grund genug, diese Bisherigen wieder zu wählen.

Und für die Wahl der Landratsmitglieder empfehle ich Ihnen, insbesondere jene Kandidatinnen und Kandidaten zu berücksichtigen, die über ihre Parteizugehörigkeit Gewähr dafür bieten, dass die Baselbieter KMU-Wirtschaft in den nächsten vier Jahren im Parlament – ihrer Wirtschaftskraft entsprechend – eine angemessene Beachtung findet. Wie wichtig dies ist, unterstreicht auch der Frontbeitrag auf dieser und der nächsten Seite. Wenn nämlich unter dem Deckmäntelchen Umwelt- bzw. Klimaschutz wilder Aktionismus ausschliesslich mit sogenannten Lenkungsmaßnahmen um sich greift, dann geht dies für unsere KMU und schliesslich für die Konsumenten (und die Mieterschaft) selten gut aus. Es spielt also sehr wohl eine grosse Rolle, wer die Politik – auch die Umweltpolitik – massgeblich mitbestimmt und dabei auch die berechtigten Interessen der KMU mitberücksichtigt.

Noch ist es Zeit, die Wahlzettel rechtzeitig auszufüllen. In der nächsten Woche ist dafür aber die letzte Gelegenheit!

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

CO₂-GESETZ 1/5

Kann nur ein Referendum das Debakel verhindern?

WOCHENGESPRÄCH 3

Nationalrat Hans Rudolf Gysin in der Interview-Zange.

KONJUNKTUR 4

Das Baugewerbe hat weiterhin viel Grund zum Optimismus.

WILDER AKTIONISMUS – In Bern will man mit massiv höheren Lenkungsabgaben auf Brenn- und Treibstoffen «etwas» gegen die Klimaerwärmung tun.

Fragwürdige staatliche Preistreiberei

Die Öko-Fundamentalisten und mit ihnen die rot-grünen Parteien jubeln: Rechtzeitig vor den eidgenössischen Wahlen vom kommenden Herbst hat auch der Ständerat die rigorosen Ziele des Nationalrates zur CO₂-Reduktion gutgeheissen, mit denen die Schweiz bis zum Jahr 2020 ihren CO₂-Ausstoss um 20 Prozent – das heisst auf unter den Stand von 1990



Markus Meier, stv.
Direktor der
Wirtschaftskammer
Baselland.

– senken muss. Der Ständerat hat aber auch – im Gegensatz zum Nationalrat – dem Bundesrat die Kompetenzen zugestanden, auf die fossilen Treib- und Brennstoffe erhebliche «Lenkungsabgaben» einzuführen.

Endlich tun die in Bern «etwas» gegen die Klimaerwärmung, lautet der Tenor der Befürworterseite aller Arten von klimarettenden Strafsteuern. Endlich trifft auch «die Richtigen» – die Nutzer des motorisierten Individualverkehrs. So reibt man sich die Hände und wöhnt sich als



Nach 10 Jahren wieder hochaktuell: Abstimmungsplakat vom September 2000.

lachende Dritte, weil man von diesen Steuererhöhungen – da Fussgänger, Velofahrer oder öV-Benutzer – ja nicht betroffen ist. Eine höchst kurzsichtige Denkweise!

Drei Lenkungsabgaben-Modelle

Was hat der Ständerat nun konkret an Abgaben zugestanden? Zunächst die einfachste und zweifellos allseits unbestrittenste Massnahme: Ab

Ende 2015 darf der CO₂-Ausstoss von dannzumal neuen Autos 130 Gramm pro Kilometer nicht mehr überschreiten. Wenn die Autoindustrie dies über technische Massnahmen an Motoren erreicht, wird niemand etwas dagegen haben.

Die zwei weiteren Lenkungsabgaben-Massnahmen sind dann allerdings deutlich einschneidender: einerseits für die Hauseigentümer

bzw. – als Letzte in der Kostenkette – für die Mieterinnen und Mieter, andererseits aber auch für die Autofahrerinnen und Autofahrer.

So kann der Bundesrat bereits ab 2013 die CO₂-Abgaben auf einen Liter Heizöl von heute 9 Rappen auf sage und schreibe 30 Rappen erhöhen, was Bundesrätin **Doris Leuthard** offenbar als bereits notwendig deklariert hat. Das heisst: Die Abgaben auf Brennstoffe werden auf einen Schlag mehr als verdreifacht!

Und schliesslich sollen auch auf die Treibstoffe (Benzin und Diesel) neue massive Abgaben eingeführt werden – unter dem Vorbehalt, dass diese zur Erreichung der Reduktionsziele notwendig würden. Wer die Fiskalmentalität des Bundes kennt, der wird kaum daran zweifeln, dass schon bald genug Gründe gefunden sind, auch diese Lenkungsabgaben zu erheben.

Konkret soll Benzin um etwa 27 Rappen teurer werden und Diesel gar um 30 Rappen pro Liter. Das entspricht einer Preiserhöhung um rund 15 Prozent. Dabei garniert der Bundesfiskus ja bereits schon seit Jahrzehnten von jedem Liter gegen 90 Rappen an Treibstoffzöllen und Gebühren.

Wie gesagt: Die Öko-Fundis und mit ihnen die rot-grünen Parteien jubeln. Aber offenbar hat niemand von

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

STEUERBELASTUNGEN – Ranking von BAK Basel Economics attestiert Baselbiet «gute Noten».

Baselland im Vergleich weiterhin steuergünstiger Kanton

Private Steuerzahler haben auch 2009 im Kanton Zug am wenigsten Steuern bezahlt. Dies geht aus dem kürzlich veröffentlichten Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2010 hervor, der von BAK Basel Economics erstellt worden ist. Ränge gut gemacht haben vor allem Uri, das Wallis und der Jura. Ganz an der Tabellenspitze liegen nach Zug der Kanton Schwyz, das Tessin, Graubünden, Basel-Landschaft und Genf – alle mit unveränderter Einkommensbelastung.

Schlusslichter Neuenburg und Obwalden

Solothurn hat sechs Plätze verloren und liegt somit gerade noch an drittlezter Stelle des Rankings. Dies liegt allerdings nicht an höheren Steuern, sondern an einer neuen Berechnungsart. Das Schlusslicht bilden Neuenburg und Obwalden. Mit zehn Plätzen am meisten gut gemacht hat Uri: Der Innerschweizer

Kanton figuriert neu auf Rang 13. Er hat 2009 die «Flat Rate Tax» sowie höhere Kinderabzüge eingeführt. Auch das Wallis, der Jura, Nidwalden, Schaffhausen und Freiburg haben sich nach vorne bewegt.

Fünfter Platz für Baselland

Auf dem Gesamtindex der Einkommensbelastung belegen die ersten zehn Plätze die Kantone Zug, Schwyz, Tessin, Graubünden, Basel-Landschaft, Genf, Nidwalden, Basel-Stadt, Aargau und Thurgau. Auf den Plätzen elf bis 20 folgen Zürich, Waadt, Uri, Wallis, Luzern, St. Gallen, Bern, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen und Freiburg. Auf den letzten Plätzen liegen Jura, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Solothurn, Neuenburg und Obwalden.

Für juristische Personen unwichtig

Im Gegensatz zu den natürlichen Personen ist bei den juristischen Perso-

Baselland hat als Wohn- und Wirtschaftsstandort einiges zu bieten – für natürliche Personen auch ein gutes Steuerklima.



nen der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen kein entscheidendes Kriterium. Für grosse finanzkräftige Unternehmen spielt sich der Wettbewerb vielmehr auf internationaler Ebene ab.

Der Steuerbelastungsmonitor 2010 wurde von der BAK Basel Economics erarbeitet, die im Auftrag des Kantons Zürich bereits zum vierten Mal einen solchen Bericht vorgelegt hat.

(Quelle SDA)

FORTSETZUNG VON SEITE 1

ihnen etwas detaillierter überlegt, welche Folgen solche Abgaben-Erhöhungen haben.

Mietkosten in die Höhe getrieben

Das erstaunt umso mehr, als von den neuen Brennstoffabgaben vorab eine wichtige Klientel der SP Schweiz massiv betroffen würde: die Mieterinnen und Mieter. Ganz klar, dass mit der Verdreifachung der Abgaben die Kosten-Belastung für die meisten Mietwohnungen auf einen Schlag deutlich steigen würden, denn die Heizkosten werden ja den Mietern jedes Jahr nach effektivem Aufwand voll in Rechnung gestellt.

Mit ihrem Applaus für die deutlich höheren Brennstoffabgaben hilft die SP also – entgegen jeglicher bisheriger Dogmen – kräftig mit, die Belastungen für Mieter empfindlich zu erhöhen. Man darf gespannt sein, mit welchem argumentativen Riesenslalom der SP sehr nahe stehende Mieterverband seinen «Kunden» diese Zusatzbelastung schmackhaft machen will. Oder greift er dann zu einem alten Trick, und versucht er dann gar, diese höheren Heizkosten allein auf die Vermieter abzuwälzen?

Kurzschluss-Denkweise zur Treibstoffabgaben-Erhöpfung

Noch mehr auf der Umverteilungslinie der SP liegt der Treibstoffzuschlag: Zwischen 27 und 30 Rappen mehr für die «Klimaschädlinge»: Das freut doch ungemein! Doch auch bei dieser Kurzschluss-Überlegung hört das (Nach-)Denken über die Folgen allzu rasch auf.

Mag sein, dass die massiven Preiserhöhungen vorerst das Fahrverhalten der Automobilisten beeinflusst und vielleicht auch die Nachfrage nach verbrauchsärmeren Autos erhöht. Es dauert aber Jahre, bis die beabsichtigte Lenkung wirklich greift.

In der Zwischenzeit erhöhen sich aber vor allem die Transportkosten für alles und für alle – gerade auch für die Dinge des täglichen Bedarfs. Die Betroffenen sind zunächst die Transporteure, welche die Versorgung der Schweizer Haushalte sicherstellen. Die Betroffenen sind aber auch die transportintensiveren KMU, die bauen, ausbauen, Service



Die als «Lenkungsmassnahmen» deklarierten Gebührenerhöhungen sind in erster Linie «Ab-Lenkungsmassnahmen» – direkt in die Bundeskasse. BILD STAUKE-FOTOLIA

PROFITEURIN – In erster Linie die Bundeskasse. Ab-Lenkungsmassnahmen

und Kundendienst sicherstellen, Piktendienste unterhalten oder Taxi fahren und Fahrunterricht erteilen. Die erhöhten Treibstoffkosten müssen auf die Preise umgelegt werden. Wie immer beissen auch hier die «Kostenhunde» die Letzten – nämlich die Konsumenten.

Nullsummenspiel dank Teuerungsausgleich

Dieser von den eidgenössischen Räten per Lobbying der Klimaschützer und vom vorauseilenden Gehorsam des Volkswirtschaftsdepartements vorgesehene Kosten- und Preisschub wird sich allerdings mit der Zeit wieder ausgleichen: Brennstoffe und Treibstoffe sind ja ein (vergleichsweise erheblicher) Teil des Warenkorbs, der den Index der Konsumentenpreise bestimmt. Allerdings wird es eine gewisse Zeit dauern, bis die damit verbundenen höheren Konsumentenpreise über den Teuerungsausgleich für alle wieder zur Normalität werden – allerdings auf deutlich höherem Niveau.

Zur «Normalität» werden aber auch die deutlich höheren Treibstoff-Abgaben, die weiterhin in die Bundeskasse fliessen und dort vermutlich immer intransparenter versickern. Der beabsichtigte Lenkungseffekt wird zum Nullsummenspiel. Erst recht, wenn die Erträge aus diesen Klimaabgaben – wie verschiedentlich behauptet wird – mit der Giesskanne wieder über die Bevölkerung ausgeschüttet werden; unter Abzug der damit verbundenen massiven Verwaltungskosten.

Noch höhere Exportpreise

Echt gravierende Auswirkungen hat dieser Teuerungsschub jedoch für die Schweizer Exportwirtschaft – und damit auch für KMU –, die ohnehin seit Monaten unter dem starken Franken leidet. Sie wird mit diesem Abgabenschub noch teurer und damit im internationalen Preiswettbewerb zusätzlich geschwächt.

Hinzu kommt: Wenn die Benzinpreise in der Schweiz (Stand heute) auf über 2 Franken pro Liter steigen und

erst recht, wenn der Dieseltreibstoff auf rund CHF 2.20 klettert, dann bricht der bisherige lukrative Benzintourismus rasch zusammen.

Das trifft alle Schweizer Tankstellen in Grenznähe und deren Arbeitsplätze, das trifft auch die Bundeskasse, die mit diesem Benzintourismus von ausländischen Treibstoffkunden jährlich gegen 350 Mio. Franken an Zöllen und Gebühren garniert.

Aus heutiger Sicht wird es vor allem für Dieselfahrzeuge dann echt lukrativ, den Tank in Deutschland zu füllen. Der Liter Diesel wäre dann (Stand heute) in Deutschland rund 40 Rappen billiger. Damit gehen weitere Einnahmen für den Bundesfiskus verloren. Es ist zu befürchten, dass die Oberzolldirektion diese Einbussen mit noch höheren Abgaben im Inland kompensieren will.

Neue Millioneneinnahmen für die Bundeskasse?

Fazit: Die eidgenössischen Räte – allen voran der Nationalrat, der noch über diese Abgaben beraten muss – und auch der Bundesrat tun gut daran, nicht nur die Wahlen vom Herbst im Auge zu behalten und sich in wildem Aktionismus als «Klimaschützer» outen zu wollen. Dies erst recht unter Berücksichtigung der nach wie vor heftig umstrittenen Ursachen des Klimawandels. Immer mehr Wissenschaftler und auch Politiker zweifeln begründet daran, dass das fast ausschliesslich ins Visier genommene CO₂ der eigentliche Verursacher der Klimaerwärmung ist.

Gerade von bürgerlicher Seite muss erwartet werden, dass diese sinnlose staatliche Kosten- und Preistreiber bei den Brenn- und Treibstoffen auch sehr genau bezüglich Auswirkungen auf die Schweizerische Volkswirtschaft, aber auch hinsichtlich des wirklichen Nutzens für das Klima, hinterfragt wird.

Dies erst recht, wenn die beabsichtigten Lenkungsabgaben auf die Brenn- und Treibstoffe offensichtlich vor allem ein Ziel haben: die dauerhafte «Ab-Lenkung» der zusätzlichen Millioneneinnahmen in die gefräßige Bundeskasse.

Markus Meier

MEHR ZUM THEMA AUF DEN SEITEN 1 UND 5 IM SGZ-BUND DIESER AUSGABE.

APROPOS



Christoph Buser,
Landrat, Bereichsleiter
KMU-Förderung,
Wirtschaftskammer

Wer A sagt ...

Die Tsunami-Katastrophe von Japan macht jeden von uns betroffen – erst recht, wenn wir davon ausgehen müssen, dass zusätzlich zu den über 3300 offiziell registrierten Todesopfern (Stand Redaktionschluss) leider noch Tausende hinzukommen. Betroffen machen sicher auch die aus dem Tsunami entstandenen enormen Probleme in den Kernkraftwerken von Fukushima, die hart am Rande eines Super-GAU stehen. Trotz 24-stündigem, oft widersprüchlichem Nachrichten-Bombardement ist die Lage in den japanischen KKW auch heute noch sehr unklar. Klar ist hingegen die Haltung der etablierten Kernkraftgegner – nicht nur in Deutschland und in der Schweiz, sondern auch bei uns im Baselbiet. Fukushima heisst für sie: Jetzt muss der sofortige Ausstieg aus der Kernkraft-Energieproduktion in Angriff genommen werden. Und dies, obwohl die Gegebenheiten in Japan – gerade auch die geologischen – bei weitem nicht mit der Schweiz vergleichbar sind und obwohl vermutlich noch längere Zeit nicht wirklich klar ist, was tatsächlich in Fukushima abgelaufen ist bzw. immer noch abläuft.

Aus meiner Sicht echt befremdend ist dabei der Eindruck, dass die Kernkraftgegner – zumindest insgeheim – geradezu mit Genugtuung mit dem Finger auf Fukushima und damit auf die Kernkraft-Technologie zeigen. Noch mehr stört mich aber, dass bei diesem Anti-KKW-Hype die vermutlich Tausenden von Tsunami-Opfern immer mehr in den Hintergrund rücken. Zweifellos ist Fukushima eine Zäsur in der schweizerischen und europäischen Energiepolitik, die zu noch sorgfältigeren Prüfungen der Sicherheit unserer KKW führen wird und führen muss. Wilder politischer Aktionismus und erst recht wahlorientierte Hauruck-Übungen, wie sie die etablierten Kernkraftgegner jetzt um so lauter fordern, bringen uns jedoch in der Energieversorgungsfrage nicht weiter. Dass wir dieses Problem praktikabel lösen müssen, steht ausser Frage und zwar seit langem – lange vor Fukushima (siehe auch «standpunkt» Nr. 305 vom 4. März).

Es ist sicher Zufall, dass in der «Basler Zeitung» vom 15. März 2011 berichtet wird, dass sich Naturschützerkreise vehement gegen das geplante Birschtalwerk im Laufental zur Wehr setzen wollen. Es sind auch Naturschützer, die seit Jahren den Ausbau der als Speicherwerke wichtigen Grimselstauseen torpedieren. Mehr als seltsam mutet dabei an, dass ausgerechnet auch aus diesen Kreisen ebenso heftig der Ausstieg aus der Kernkraft gefordert wird.

Für mich ist klar: Wer A wie «Ausstieg» predigt, muss auch B wie «Bauen» bzw. Ausbauen sagen – gerade auch der Wasserkraft. Andererseits: Wenn wir die offensichtlich unbestrittene Stromversorgungslücke verhindern wollen, können wir nicht quasi über Nacht unsere KKW abschalten, welche immerhin rund 40 Prozent unserer Stromversorgung dauerhaft sicherstellen – ungeachtet der sehr unsicheren Wind- und Sonnenversorgung. Das darf allerdings auch niemanden daran hindern, die Sicherheit unserer KKW nach Fukushima erneut akribisch unter die Lupe zu nehmen und zu verbessern.

ELTERNURLAUB – Immer weniger arbeiten ist kein Fortschritt.

Weiterhin «Salamitaktik»

Die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen (EKFF) fordert im Namen eines fragwürdigen «Fortschritts» einen Elternurlaub von 24 Wochen für beide Elternteile.

Dieser 24-wöchige Elternurlaub, wie ihn offiziell die EKFF fordert, dürfte allerdings über eine Milliarde Franken kosten. Die Kommission publizierte dazu vor kurzem gar einen «detaillierten Modellvorschlag» und fordert die Schaffung entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen. Die EKFF erachtet dabei «die Elternzeit als eine Investition in die Familie und in die Kinder».

Höhere MwSt. oder EO-Lohnprozente

Die Kommission schlägt dabei nonchalant vor, die geschätzten Kosten von zwischen 1,1 und 1,2 Milliarden Franken entweder über eine Erhö-

hung des Mehrwertsteuersatzes um 0,4 bis 0,5 Prozent oder über eine Erhöhung der EO-Lohnprozente von je 0,2 Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finanzieren. Die Arbeitnehmer würde kaum freuen: Sie haben bereits heute jährlich immer höhere Lohnabzüge zu gewärtigen, mithilfe derer das Sozialleistungsfass weiter gefüllt werden soll.

Salamischeibe um Salamischeibe

Die Verfechter des Sozialstaates allerdings lassen sich sicher nicht durch die endlose Zunahme von Lohnabzügen und dem daraus resultierenden Reallohnverlust der erwerbstätigen Bevölkerung von ihren Zielen abbringen. Lange haben sie die Schaffung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung gefordert, die sie schliesslich auch erhalten haben: Mütter bekommen während 14 Wochen nach der Geburt ihres Kindes 80

Prozent ihres vor der Geburt erzielten Gehalts. Allerdings lässt natürlich die strenge Theorie der Gleichberechtigung der Geschlechter keine unterschiedliche Behandlung von Frau und Mann zu – nicht einmal bei Mutterschaft –, so dass schon bald nach der Einführung des bezahlten Mutterschaftsurlaubs nach einem bezahlten Vaterschaftsurlaub verlangt wurde. Und wenn man hier nachgäbe, folgten schon bald – gemäss Salamitaktik – die nächsten Forderungen: nach dem bezahlten Urlaub für frischgebackene Eltern beispielsweise mehr Freizeit für andere familiäre Aktivitäten wie Engagements im Sport oder in Vereinen. Dies, obwohl die Gewerkschaften ständig eine Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit und mehr Ferien fordern.

Vom «Übel der Arbeit» befreien?

Dieser Weg zum prophezeiten Fortschritt findet sein Ziel in der Fantasie einer «Freizeitgesellschaft», in der Arbeit «ein zu bekämpfendes Übel» darstellt, von dem es die Bürger zu befreien gilt. Sieht man da etwa wieder die Idee eines allgemeinen garantierten Grundeinkommens aufblühen, unabhängig des Berufs und der

Beschäftigung? Auch wenn wir uns damit vom konkret verlangten bezahlten Elternurlaub entfernen, so ist es doch dieselbe negative Vision von Arbeit, die der Forderung der EKFF zugrunde liegt.

Die EKFF ist eine 1995 ins Leben gerufene Konsultativkommission des Departements des Innern. Ihre Aufgabe ist in erster Linie, über die familiären Lebensbedingungen in der Schweiz zu orientieren, Forschungsarbeiten zu fördern, familienpolitische Perspektiven zu entwickeln und Umsetzungsmassnahmen vorzuschlagen. Ihre Mitglieder sind in erster Linie Funktionäre, Professoren, Ärzte, Psychologen und andere Spezialisten der Sozialleistungs-Lobby. Nicht vertreten ist jedoch die Arbeitswelt, obwohl auch diese direkt und indirekt das Familienleben beeinflusst.

Man muss sich ernsthaft fragen, ob es opportun ist, diesen EKFF-Mikrokosmos aufrechtzuerhalten, der auf eine sehr beschränkte Sichtweise des «Fortschritts» fokussiert, aber von den echten Sorgen der Arbeitswelt und der wirtschaftlichen Realität völlig losgelöst ist.

(Quelle: Centre Patronal)

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag:

Schweizerischer Gewerbeverband sgv,
Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern,
Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch

Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern
Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»

Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium
für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96,
4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50

Internet: www.kmu.org

e-mail: standpunkt@kmu.org

Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)

Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen

Adressänderungen:

Bitte an Wirtschaftskammer Baselland

e-mail: standpunkt@kmu.org

Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

AHV/AVIV

Ständerat akzeptiert AHV-Neuerungen

Der Ständerat hiess technische Neuerungen bei der AHV einstimmig gut. Es handelt sich um die unbestrittenen Elemente der im Nationalrat gescheiterten 11. AHV-Revision. Bei diesen gutgeheissenen Elementen geht es unter anderem um Vereinfachungen bei der Erhebung der AHV-Beiträge. Zudem soll ein Register für Ergänzungsleistungen geschaffen werden. Der Höchstbeitrag für Nichterwerbstätige wird neu an den Mindestbeitrag gekoppelt: AHV-Beiträge von Nichterwerbstätigen sollen nicht mehr als das 50-fache des Mindestbeitrages ausmachen.

Revidierte AVIV verabschiedet

Der Bundesrat hat die revidierte Arbeitslosenversicherungsverordnung (AVIV) verabschiedet. Demnach gilt ein Monatsverdienst von 500 Franken, um die Leistungen der Arbeitslosenversicherung beanspruchen zu können. Gesetz und Verordnung treten am 1. April 2011 in Kraft. Die Änderungen der AVIV sind eine Folge der 4. Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG), welche das Schweizer Stimmvolk am 26. September 2010 gutgeheissen hatte.

500 statt 800 Franken als Minimum

Die Vernehmlassenden seien mit dem Verordnungsentwurf grundsätzlich einverstanden gewesen, teilte das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) mit. Einzelne Verordnungsbestimmungen sind aufgrund der Rückmeldungen jedoch angepasst worden. So wurde auf die Erhöhung der Mindestgrenze des versicherten Verdienstes auf 800 Franken verzichtet. Neu beträgt die Mindestgrenze 500 Franken für alle Versicherten. Das heisst also, dass alle Einkommen unter 500 Franken zu keinem Leistungsanspruch in der Arbeitslosenversicherung führen.

Und: Wenn Arbeitslose zum Beispiel an staatlich finanzierten Arbeitsmarktmassnahmen teilnehmen, wird daraus keine Beitragszeit mit versichertem Verdienst angerechnet. Dabei spielt keine Rolle, ob diese Massnahmen voll oder nur teilweise mitfinanziert werden. Zudem müssen laut EVD die Kantone sicherstellen, dass nach der Teilnahme an solchen Massnahmen kein versicherter Verdienst zuhanden der Arbeitslosenkassen bescheinigt wird.

Das neue AVIG und die dazugehörige AVIV treten am 1. April 2011 in Kraft. Trotz der knappen Einführungszeit seien alle Versicherten, bei denen sich aufgrund des neuen Gesetzes der Anspruch verringere, frühzeitig informiert worden, schreibt das EVD.

(Quellen SAV)

KMU FRAUEN BASELLAND

Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

Fitness-Tag der KMU-Frauen

12. April 2011, 17.45 Uhr in Bubendorf

Führung durch den Basler Zolli

19. Mai 2011, 18.15 Uhr, Binningerstrasse 40, Basel (Haupteingang Zolli)

Sommerplausch

August 2011

Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässen teilzunehmen und dabei die KMU-Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder kmu-frauen@kmu.org

POLITKOLUMNE

Griff nach Potentatengeldern

Es begann am 19. Januar 2011 mit einem Doppelschlag. Der Bundesrat beschloss, «allfällige Gelder des geflohenen tunesischen Ex-Präsidenten Ben Ali und seines Umfeldes in der Schweiz mit sofortiger Wirkung zu sperren, um jegliches Risiko einer Veruntreuung von staatlichem tunesischem Eigentum zu vermeiden». Gleichtags sperrte «Bern» Gelder des (abgewählten) Präsidenten der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo: «Der Finanzplatz Schweiz soll nicht als Hort für möglicherweise illegal erworbene Vermögenswerte dienen.» Am 11. Februar 2011 traf der Sperrbeschluss den zurückgetretenen ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und sein Umfeld. Am 24. Februar galt der (vorläufig) letzte Bannstrahl aus dem Bundeshaus «angesichts der Entwicklungen in Libyen» Moammar Gaddafi und seinem Umfeld.

In den letzten 15 Jahren hat die Schweiz rund 1,7 Milliarden Franken restituiert (Herkunftsändern zurückerstattet). Gelder gingen nach Peru (2002), den Philippinen (2003), Nigeria (2005), Angola (2005), Kasachstan (2007) und Mexiko (2008). Im Fall Mobutu scheiterte die Rückzahlung an den Kongo nach zwölf Jahren wegen mangelhafter Kooperationsbereitschaft. Schliesslich wurden von Haitis Exdiktator Jean-Claude Duvalier sechs Millionen Franken als «unrechtmässig erworbene Vermögenswerte politisch exponierter Personen» (PEP/Staatschefs, hohe Beamte) gesperrt. Die Gelder sollen «die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Herkunftsstaat verbessern». Das schweizerische Geldwäschereirecht sieht im Umgang mit PEPs besondere Abklärungspflichten vor. Ist die unrechtmässige Herkunft der Gelder offensichtlich, hat die Schweiz sogar die Möglichkeit, blockierte



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

Gelder ohne rechtskräftigen und vollstreckbaren Einziehungsentcheid des betroffenen Staates zurückzugeben.

Das erscheint alles plausibel, vernünftig und einleuchtend. Und gleichwohl wirft das Verfahren Fragen auf. Zum Beispiel diese: Wieso macht der Rücktritt oder Sturz eines skrupellosen Machthabers dessen Habe in der Schweiz über Nacht zum verpönten Raubgut, wenn doch jahrelang niemand es gewagt hat, solche Finanzbeziehungen zu hinterfragen? Kann man sich im Ernst vorstellen, eine Schweizer Bank hätte fest im Sattel sitzenden ausländi-

schen Staatschefs die Kontoeröffnung verweigern können mit der Begründung, das Geld sei doch offensichtlich dem Volk gestohlen worden? Glaubt jemand, solches Verhalten der Banken wäre vom Bundesrat mit gutem Applaus bedacht worden, derweil sich Schweizer Bundespräsidenten in den Hauptstädten der Räuberbosse beim freundschaftlichen Handschlag ablichten liessen, um Wirtschaftsbeziehungen zu pflegen? Rückwirkend die eigene Weste weiss waschen, könnte man das heutige Vorgehen nennen.

Und ein besonderer innenpolitischer Aspekt fiel bisher ganz unter den Tisch: Die Frage der Folgekosten. Es ist ja im Grundsatz richtig, ausgeplünderten Völkern gestohlene Milliarden zurückzugeben. Aber diese Restitutionen kosten die Schweiz beträchtlichen Verwaltungsaufwand. Und im Fall der Maghrebstaaten dürfte der Neubeginn zudem mit enormen Flüchtlingsproblemen verbunden sein. Ist es der schweizerischen Bevölkerung gegenüber wirklich korrekt, dass «Bern» Potentatengelder samt Zins und Zinseszinsen rücküberweist, ohne die von den abgehalfterten Machthabern verursachten Kosten für Asylverfahren, Flüchtlingsbetreuung, Rückschaffungen und administrativen Aufwand davon abzuziehen?

Mit bis zu 1800 Asylgesuchen pro Monat wird gerechnet. Die Kantone suchen neue Asylunterkünfte. Platz ist knapp; genug Geld für humanitäre Hilfe aber wäre schon da. Potentatengeld, das auch denen gehört, die hierher fliehen... Man sollte nicht zögern, auch mit Blick auf die hiesigen Steuerzahler rasch einen mutigen Bundesratsbeschluss zu fassen.

GESUNDHEITSPRÄVENTION – Noch mehr Kosten und Aufwand für die KMU?

Ungesunder Aktivismus

Mit einem Präventionsgesetz soll auch die Gesundheitsförderung in der Wirtschaft ausgebaut werden. Doch das ist unnötig – und nicht im Interesse der Firmen.

Neue Vorschriften und Kontrollen in Vorbereitung?

Von einem eidgenössischen Präventionsgesetz soll auch die Wirtschaft profitieren. Ein Mehr an Gesundheitsprävention soll die Leistungs- und Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung stärken und die Produktivität auch bei einer alternden Bevölkerung bewahren. So die Botschaft des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Auch Sozialversicherungskosten sollen eingespart werden können. In den Betrieben stösst man allerdings höchstens auf mässige Begeisterung. Denn Prävention wird auch in den Firmen gelebt. Kommen – fragt man sich – neue Vorschriften und Kontrollen?

Wirtschaft setzt bereits erhebliche Mittel ein

Zur Verhinderung von Berufsunfällen und -krankheiten und für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz setzt die Wirtschaft allerdings schon heute erhebliche Ressourcen ein. Mit technischen und organisatorischen Anpassungen sowie Schulungen der Mitarbeitenden werden – unter Mitwirkung der Arbeitnehmer – konkrete Massnahmen für gesunde und sichere Arbeitsplätze getroffen. Falls nötig erhalten Unternehmen durch Branchenlösungen ihrer Verbände praxisgerechte Unterstützung. Rund 100 Mio. Franken bezahlen die Arbeitgeber darüber hinaus für die

Vollzugsaufsicht von Suva und kantonalen Arbeitsinspektoraten mittels Prämienzuschlägen der obligatorischen Unfallversicherung.

Private Gesundheitsvorsorge: Aufgabe der Unternehmen?

Diese grundlegenden Aktivitäten genügen jedoch dem immer umfassender werdenden Gesundheitsverständnis vieler Präventionsfachleute nicht mehr. Das «Setting Arbeitsplatz» scheint diesen Spezialisten geradezu ideal, um Präventionsaktivitäten der Betriebe aller Art zu fördern und auch noch mehr zu fordern. Oft sind die Anliegen sympathisch und plausibel, aber der Zusammenhang mit realen und nachgewiesenen Risiken in den Betrieben nimmt stetig ab und zielt immer mehr auf die private Lebensgestaltung: Mehr Bewegung, gesunde Ernährung, Entspannung, Verzicht auf Rauchen und mässiger Alkoholkonsum – lautet das Mantra der Gesundheitsförderer. Soll es auch in den Unternehmen gesungen werden?

Dem hohen Kampagnen-Rhythmus der Kommunikationsagenturen, die – mit öffentlichen Geldern komfortabel alimentiert – die Zielgruppen in den Betrieben suchen und dann bearbeiten, steht eine Wirtschaft mit sehr vielen KMU gegenüber, die auch mit bestem Willen bei dieser Kampagnen-Kadenz nicht mithalten können. Zudem sehen sich Unternehmerinnen und Unternehmer selten als Gesundheitsapostel für ihre Mitarbeitenden. Schliesslich: Noch mehr Prävention riecht nach ausuferndem staatlichem Aktivismus und Bevormundung. Wer mehr tun will, macht es schon heute. Betrieb-



Die Motivation für wirkungsvollen Schutz am Arbeitsplatz darf nicht durch überzogenen behördlichen Aktionismus gebremst werden.

BILD FOTOLIA

liche Gesundheitsförderung kann eine gute freiwillige Ergänzung zum Arbeitnehmerschutz sein.

Präventionsschub birgt Gefahren

Auch wenn das Präventionsgesetz nicht direkt auf die Firmen zielt, werden diese einen vom Staat angeschobenen Präventionsschub zu spüren bekommen. Dabei besteht die Gefahr, das Wesentliche aus den Augen zu verlieren: die klar arbeitsplatzbezogenen Risiken und Gesundheitsgefährdungen, die zu minimieren sind.

Diese Daueraufgabe ist selbstredend mit Kosten verbunden, mittelfristig jedoch erfolgreich. Die Gefahr der Verzettlung der Kräfte bei weiteren Forderungen ist gross. «Weniger ist mehr», sollte daher auch der Leitsatz für die Politik sein, wenn sich der Nationalrat im April mit dem Präventionsgesetz auseinandersetzt. Auch im Dienst der Gesundheit.

(Quelle: Jürg Zellweger, SAV)

LINK

www.arbeitgeber.ch

Unser starkes Regierungs-Team



Adrian Ballmer

Bürgerliche Politik mit CVP, FDP und SVP

Jörg Krähenbühl

Überparteiliches Komitee für ein starkes Regierungs-Team, Postfach 633, 4410 Liestal

Sabine Pegoraro

Peter Zwick

www.starke-regierung.ch

NÜTZLICHE ADRESSEN

Abfall-Entsorgung

061 Entsorgungszentrum Birsfelden AG
313 48 24 Langenhagstrasse 50, 4127 Birsfelden
www.ecb-ag.ch

061 REWAG Abfallsortierung,
816 99 70 Entsorgungsstation,
4303 Kaiseraugst

Advokatur/Notariat

061 ADVOKATUR AM BAHNHOF
366 90 60 Güterstrasse 106, 4053 Basel
www.advokaturambahnhof.ch

Arbeitshebeebühnen

061 WS-Skyworker AG
813 03 03 Arbeitsbühnen-Vermietung
Mietservice Schweizweit

Bauexperten

061 Ehrsam & Partner AG, Pratteln
826 95 00 Für alle Probleme am Bau!
www.ehrsam-partner.ch

Baugeschäfte

061 Straumann-Hipp AG Regional,
311 38 60 Hardmattstrasse 9, 4133 Pratteln
www.st-h.ch

Beratung

061 Adlatus Region Basel
481 24 59 Beratung von Klein- & Mittelbetrieben
www.adlatus.ch / amstad@adlatus.ch

Berufliche Vorsorge (BVG)

044 ASGA Pensionskasse, Zweigstelle:
317 60 50 Schaffhauserstrasse 358
8050 Zürich, www.asga.ch

061 GEWERBEPENSIONSKASSE
756 60 70 Hauptstrasse 105, 4147 Aesch
www.gewerbepensionskasse.ch

Beschriftungen, Schilder, Kleber

061 Flexa-Plac AG,
411 09 89 Frankfurterstrasse 80,
4142 Münchenstein
www.flexaplac.ch

Bodenbeläge

061 Glatt & Vettiger AG
921 94 37 Oristalstrasse 87, 4410 Liestal
www.glatt-vettiger.ch

Brandschutz

061 Willy Schneider AG Lausen
926 77 20 Brandschutz
Industriestrasse 12, 4415 Lausen
www.ws-olten.ch

Briefkästen

061 Fünfchilling AG Metallbau
426 91 41 Hauptstrasse 20, 4102 Binningen
www.fuenfchilling.ch

Buchführungen & Verwaltungen

061 ContoPronto GmbH
723 00 20 Schanzgasse 15, 4107 Ettingen
Mail: contopronto@bluewin.ch

Carrosserie + Fahrzeugbau

061 Gundeli-Carrosserie AG
711 44 35 Duggingerstrasse 18, 4153 Reinach
www.gundeliag.ch

061 HAUSER Carrosserie,
481 33 88 Binningerstrasse 99b,
4123 Allschwil

061 WENGER Carrosserie-/Fahrzeugbau
686 99 00 Klingentalstrasse 77, 4057 Basel
www.carrosserie-wenger.ch

Detektivbüro

061 AfW Agentur für Wirtschafts-
281 41 10 ermittlungen / Polizeilich bew.
Privat-Detektivbüro
Rümelinsplatz 13, 4001 Basel
www.afw.ch / info@afw.ch

Engineering & Procurement

061 Railfit GmbH Ingenieurbüro
311 78 09 Projektmanagement / Beratung / Projekt-
+ Bauleitung / Beschaffung / Bahn und
Verkehr / Hoch- und Tiefbau
railfit@intergga.ch

Events

061 Katz Music Event AG
712 08 08 Fichtenweg 65, 4153 Reinach
www.katzmusic.ch

Fassaden

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag / info@marx.ag

Fenster

061 4B Fenster AG
717 27 27 Salinenstrasse 61, 4133 Pratteln
www.4b-fenster.ch

084 Aerni Fenster AG
811 55 66 Hauptstrasse 173, 4422 Arisdorf
www.aerni.com

061 Gerber-Vogt AG
487 00 00 Fenster- und Fassadenbau
www.gerber-vogt.ch

061 MEVO-Fenster AG,
717 10 10 Chr. Merian-Ring 25, Reinach
www.mevo.ch

061 Schneider AG,
826 90 90 Meierhofweg 9,
4133 Pratteln

Flachdach

061 A + B Flachdach AG,
381 70 00 4102 Binningen / Basel
www.abflachdach.ch

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag / info@marx.ag

Fotoreportagen/Pressebilder

079 Heinz Dürrenberger, 4127 Birsfelden
371 52 90 Presse/PR/Reportagen/Internetbilder
Mail: hdu@bluewin.ch

Gebäudeservice/Reinigung

061 DLZ Schafroth GmbH
971 30 93 Hauswartung-Reinigung-Malerarbeiten
4452 Itingen www.dlz-schafroth.ch

061 Gottlieb AG
689 91 91 Gebäudeunterhalt, Facility-Services
Markgräferstrasse 50 / 4007 Basel
www.gottlieb.ch

Gipsergeschäfte

061 CANONICA + LOTTI AG,
375 95 15 Frenkendorf und Basel
www.canonicalotti.ch

061 STÖCKLI Gipser AG
827 96 66 4133 Pratteln, Götzisbodenweg 2
www.stoekliqipser.ch

Grafik/Werbung

061 Newsign Grafik GmbH, Reinach BL
717 82 60 Logo-, Print- & Webdesign
www.newsign.ch

061 Grafik – massgeschneidet für KMU
927 65 25 Erwin Schönholzer, Grafik-Atelier,
Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal
info@esch.ch

Haushaltgeräte

061 M. Wagner & Co AG
821 11 12 Schlossstr. 21, 4133 Pratteln
www.wagnerhaushaltgeraete.ch

Immobilien

061 RE/MAX Commercial
855 98 71 Nordwestschweiz
patrick.kim@remax.ch

Informatik

061 CSF AG
467 99 33 Kompetenz in Informatiklösungen
IT-Outsourcing
www.csf.ch / info@csf.ch

061 ICSystems + Support AG
716 29 30 ... ihr kompetenter IT-Partner
www.icsystems.ch

061 offix
331 50 53 Professionelle und innovative
Intra- und Internetlösungen
Delsbergerallee 53, 4053 Basel
www.offix.ch

061 SOWACOM «Your all-in-one IT-Partner»
906 96 86 Güterstrasse 6, 4402 Frenkendorf
www.sowacom.ch

Integrationsfragen

061 Ausländerdienst Baselland
827 99 00 Bahnhofstrasse 16
4133 Pratteln
www.auslaenderdienstbl.ch

Internet/Webdesign

061 CS2 – Creative Solutions GmbH
333 22 22 Gerbegässlein 1
4450 Sissach
www.cs2.ch info@cs2.ch

Isolierungen

061 Willy Schneider AG Lausen
926 77 20 Dämmtechnik
Industriestrasse 12, 4415 Lausen
www.ws-olten.ch

Kassensysteme und Kartenterminal

061 paul stoffel data ag
283 31 61 Marschalkenstr. 81, 4054 Basel
www.kassen-stoffel.ch

Kunststoffteile, technische

061 REAL-TECHNIK AG
816 96 66 4303 Kaiseraugst
E-Mail: iecag@realag.ch
www.realag.ch

Lampen/Leuchtmittel

061 Lampen-Shop AG
976 99 00 Hauptstrasse 16, 4450 Sissach
www.lampen-shop.ch

Lichtkuppeln

061 ISBA AG
761 33 44 Tageslichtsysteme, 4222 Zwingen
www.isba.ch

Logistik

061 Interfracht Logistik AG
378 18 18 4133 Pratteln
www.interfracht.ch

Maler-/Gipsergeschäft

061 Schweizer Söhne Malen Gipsen AG
381 83 15 Spalenring 14–16, 4055 Basel
Zweigstelle Birsfelden, Schützenstr. 2 / 4
malen@schweizersoehne.ch
www.schweizersoehne.ch

Motor-Gartengeräte

061 ERWIN NALDI
461 33 16 St. Jakobsstr. 13, 4132 Muttenz
www.honda.ch

Mulden-Transport

061 Waser Transport AG
313 14 14 Langenhagstrasse 50, 4127 Birsfelden
www.waser-mulden.ch

Patent- und Markenanwälte

061 BOHEST AG, ehemals
295 57 00 A. Braun Braun Héritier Eschmann AG
Holbeinstr. 36–38, 4003 Basel
www.bohest.ch / mail@bohest.ch

061 Braunpat Braun Eder AG
307 90 30 Reussstrasse 22, 4054 Basel
info@braunpat.ch
www.braunpat.ch

Patent- und Markenschutz

061 AfW Agentur für Wirtschafts-
281 41 10 ermittlungen / Detektivbüro
Ermittlungen bei Verletzungen
des Patent- und Urheberrechts
Rümelinsplatz 13, 4001 Basel
www.afw.ch / info@afw.ch

Parkettbeläge

061 Glatt & Vettiger AG
921 94 37 Oristalstrasse 87, 4410 Liestal
www.glatt-vettiger.ch

Qualifizierung/Kalibrierung

061 und Validierung
826 97 26 Pharmatronic AG, 4133 Pratteln
www.pharmatronic.ch

Qualitätsmanagement

033 :ready to build,
438 29 94 Baslerstrasse 337,
4123 Allschwil

Reinraumtechnik

061 Marx AG
466 70 00 Herrenmattstrasse 25, 4132 Muttenz
www.marx.ag / info@marx.ag

Schreinereien

061 Schneider AG,
826 90 90 Meierhofweg 9, 4133 Pratteln

Schriften + Reklame

061 Donelli Schriften, Basel
302 30 50 Grafik, Schrift und Gestaltung
donelli-schriften@bluewin.ch

Software-Entwicklung/SPS

061 und Visualisierungen
826 97 26 Pharmatronic AG, 4133 Pratteln
www.pharmatronic.ch

Speditionslogistik International

061 Interfracht Speditions AG
378 18 18 4133 Pratteln
www.interfracht.ch

Sprachschule

061 Horizont Sprachunterricht GmbH
761 60 04 Firmenkurse vor Ort (E/F/D)
www.sprachhorizont.ch

Stellenvermittlung

061 gisin & partner gmbh
261 63 20 Schönmatthstrasse 8, 4153 Reinach
www.gisin-partner.ch

061 Personal Contact Group AG
685 91 11 St. Jakobs-Strasse 110, 4132 Muttenz
www.personal.ch

061 Personal Contact Liestal AG
926 93 93 Rathausstrasse 34, 4410 Liestal

061 Personal Contact Laufen
765 91 00 Bahnhofstrasse 16, 4242 Laufen

Storen/Rollladen

061 Storen Fust AG,
716 98 98 Seewenweg 3, 4153 Reinach
www.storenfust.ch

Transport

061 Felix Transport AG
766 10 10 Talstrasse 47, 4144 Arlesheim
www.felixtransport.ch

Treuhand

061 BANDO TREUHAND AG
406 62 62 Brühlmattweg 5, 4107 Ettingen
www.bandotreuhand.ch

061 ONLINE TREUHAND AG
717 81 91 Nenzlingerweg 5, 4153 Reinach
www.onlinetreuhand.ch

Treuhand/Revision

061 BDO AG
927 87 00 Gestadecckplatz 2, 4410 Liestal
www.bdo.ch

061 BDO AG
317 37 77 Münchensteinerstrasse 43, 4052 Basel
www.bdo.ch

061 BDO AG
766 90 60 Maierackerweg 25, 4242 Laufen
www.bdo.ch

061 HEHLEN TREUHAND AG
717 83 33 Hauptstrasse 8, 4153 Reinach 1
www.hehlen.ch

061 Testor Treuhand AG
205 45 45 Holbeinstrasse 48, 4002 Basel
www.testor.ch

061 TRETOR AG, Treuhand zum Tor
926 83 83 Gitterstrasse 8, 4410 Liestal
www.tretor.ch

Vermessung

061 Geoprät AG,
827 98 98 Ingenieurbüro für Geomatik
4133 Pratteln, www.geoprät.ch

061 Jermann Ing. + Geometer AG
706 93 93 Arlesheim, Binningen, Sissach
Zwingen, www.jermann-ag.ch

Versicherungen

061 Die Mobilar, 4147 Aesch
756 56 56 Generalagentur Roland Hohl,
www.mobiliaes.ch

061 AXA Winterthur, 4410 Liestal
926 22 31 Geschäftsstelle Liestal
werner.baumann@axa-winterthur.ch

Versicherungsbroker

061 DR. GYSIN & JEKER
973 00 90 Postgasse 9, 4450 Sissach
www.gysinjeker.ch

061 SIGNALUM Risk Consulting GmbH
711 77 66 Pfeflingerstrasse 19, 4153 Reinach
www.signalumrisk.ch

Wandsysteme

061 WADESCO AG
827 96 55 4133 Pratteln, Götzisbodenweg 2
www.wadesco.ch

Weine und Destillate

061 Siebe Dupf Kellerei AG
921 13 33 Kasernenstr. 25, 4410 Liestal
www.siebe-dupf.ch

Werbe-Anlagen + Beschriftungen

061 Neonwidmer AG,
751 44 55 Weidenweg 18 / Aesch
www.neonwidmer.ch

Wintergärten/Verglasungen

061 Furrer Metallbau AG
921 58 80 Kanalstrasse 1, 4415 Lausen
www.furrer-metallbau.ch

Zeiterfassung/Zutrittskontrolle

061 Bixi Systems AG
926 80 10 für Personaldaten u. Sicherheit
4410 Liestal
www.bixi.ch

Das Firmenregister «Nützliche Adressen»
erscheint an dieser Stelle im «Standpunkt
der Wirtschaft» in der Regel alle 14 Tage.